

DEUTSCHER
ABT. III - PRESSEAUSSCHUSS
Rückgabe unbedingt erforderlich!

Arbeiter-Zeitung



ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS
P. b. b. Nr. 118 / Wien, Mittwoch, 23. Mai 1962 / Gegründet 1889 / Einzelpreis 1,10 Schilling

Moslemrache: Massaker in Algier

Dreizehn Leichen entführter Europäer verstümmelt aufgefunden — Leidenschaften auf dem Siedepunkt

Algier. Eine französische Militärpatrouille entdeckte in einem Weingarten in der Nähe von Algier die schrecklich verstümmelten Leichen von insgesamt dreizehn Europäern, die in den letzten Tagen von Moslems entführt worden waren. Unter ihnen auch die des Generaldirektors eines Lebensmittelkonzerns, Marnet.

In einem Nebengebäude wurden zwei lebende Europäer gefunden. Einer davon war gefoltert worden. In dem durchsuchten Haus soll eine Folterkammer eingerichtet gewesen sein.

Die Meldung über diese Terroraktion der Moslems hat bei den Europäern in Algier, die die Ermordung zahlreicher Moslems durch die OAS widersprochen hatten, großes Entsetzen erregt. Zum Protest wurden die großen Kaufhäuser von Algier geschlossen. Die Gewerkschaft der Angestellten hat einen Streik in den Kaufhäusern für unbestimmte Zeit ausgerufen. Man glaubt, daß der Streik sich ausdehnen wird.

dom 18. April sind allein in Marseille auf dem Seeufer 10.000 Personen gelandet. Dazu kommen hunderte Europäer, die täglich mit dem Flugzeug Algerien verlassen.

Urteil gegen Salan heute oder morgen
Paris. Das Militärgericht, vor dem sich der OAS-Führer General Salan zu verantworten hat, wird voraussichtlich Mittwoch abend oder Donnerstag sein Urteil fällen. Der Prozeß wurde auf Mittwoch, 13 Uhr, vertagt, um die Plädoyers des Staatsanwaltes und der Verteidigung zu hören.

Verschöpfung gegen de Gaulle aufgedeckt

Offizielle französische Kreise bestätigten, daß im Zusammenhang mit einem Mordkomplott der Geheimorganisation OAS gegen Präsident de Gaulle fünfzehn Personen verhaftet worden sind. Führer der Gruppe ist ein Versicherungsagent namens Blanchy, der Sonntag in seiner Wohnung in Paris festgenommen wurde. Blanchy soll ein Mitarbeiter des Fallschirmjägerleitnants Deguelre gewesen sein, der die OAS-Mordkommandos mit Algier leitete.

Während die Polizei die verhafteten Personen pausenlos einvernimmt, glauben informierte Kreise, daß noch weitere Komplizen der Festgenommenen gesucht werden. Einige davon sind in Freiheit.

Präsident de Gaulle hat deshalb seinen Palast nicht verlassen. Mit Maschinenpistolen bewaffnete Polizisten patrouillieren dauernd um das Gebäude.
Schon während der Provinzreise de Gaulles wurden besonders auffällige Vorkommnisse getroffen. So hatte man in Limoges auf den Straßen, durch die de Gaulle fuhr, alle Autos entfernt und auch die Briefkästen geöffnet.



DER FLUCH DER BÖSEN TAT: So liegen in Algier täglich Leichen von Arabern auf dem Straßenpflaster. Nun lobt sich die Rache aus

Preise, Löhne und Europa

Der Ministerrat hat Dienstag ein Komitee eingesetzt, das sich mit einem der wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Probleme befassen soll, die Österreich nach dem Krieg zu lösen hatte: Es soll die Teilnahme Österreichs an der europäischen Integration direkt vorbereiten und in allen Fragen, die mit der Integration zusammenhängen, Entscheidungen treffen.

Die Türen zu den Verhandlungssälen in Brüssel sind dank der klugen Außenpolitik, die Österreich in der Integrationsfrage betrieben hat, bereits offen. Wir müssen uns darüber klar sein, welche unabdingbaren Forderungen wir bei Verhandlungen über ein engeres Verhältnis mit der EWG stellen müssen, aber auch darüber, was man von uns mit Berechtigung erwarten kann. Das, worüber es für Österreich keine Diskussion geben kann, ist vor allem die Unantastbarkeit unserer Neutralität. Sie erlaubt uns nicht, der EWG als Vollmitglied anzugehören.

Mit anderen Worten: Österreich ist nicht in der Lage, an der politischen Integration Europas, wie sie im Vertrag von Rom vorgesehen ist, teilzunehmen. Einer Teilnahme an der wirtschaftlichen Integration steht hingegen nichts im Weg — mit Ausnahme des einen: die Haltung großer Teile der österreichischen Wirtschaft.

Für diese Haltung der österreichischen Wirtschaft mag ein Ausspruch bezeichnend sein, den Handelsminister Dr. Bock, der ihre Mentalität recht gut kennt, einmal in einem Vortrag vor der schweizerischen Handelskammer in Wien gemacht hat. Er erklärte damals, daß manche Teile unserer Wirtschaft froh sein können, daß sie nicht unter den gleichen Bedingungen existieren müssen wie die Konkurrenz in den EWG-Ländern, weil sie diesen Bedingungen wahrscheinlich nicht standhalten könnten.

Die Schwäche mancher Wirtschaftszweige in Österreich ist bedauerlich. Zu einem Teil mögen die besonderen Verhältnisse unseres Landes, zum Teil mag der kleine Markt schuld daran sein, der unserer Wirtschaft zur Verfügung steht. Die größte Schuld trägt jedoch zweifellos jene bürgerliche Wirtschaftspolitik, die jahrzehntlang ihr Heil in möglichst hohen Zöllen gesucht hat. Wir werden für diese verfehlte Wirtschaftspolitik der Vergangenheit zahlen müssen. Auf wirtschaftlichem Gebiet wird man uns bei Verhandlungen mit der EWG sicher keine Zugeständnisse machen, die ein Weiterwursteln ermöglichen könnten.

Die Schonzeit geht nun zu Ende, und immer mehr Branchen melden für den Fall einer Assoziation mit der EWG Sonderwünsche an: Die einen verlangen Ausnahmen beim Abbau der Zölle, damit sie nicht so schnell dem scharfen Konkurrenzwind der Importe aus der EWG ausgesetzt sind, die anderen verlangen Subventionen und „Überbrückungshilfen“ vom Staat, und einige Branchen geben bereits recht deutlich zu erkennen, daß sie einer Assoziation überhaupt ablehnend gegenüberstehen.

Eines kann man daraus deutlich entnehmen: Teile unserer Wirtschaft, die bis jetzt immer durch hohe Zölle gegen die Konkurrenz im Ausland geschützt waren, können auf einem freien europäischen Markt nicht mehr mithalten. Ihre Preise sind zu hoch — oft wesentlich höher als die Preise in den anderen europäischen Ländern. Interessant daran ist allerdings, daß man das nicht von den österreichischen Löhnen behaupten kann. In Österreich stehen die europäischen Preisen noch lange nicht europäische Löhne gegenüber.

Die Folgen, die sich daraus für manche Wirtschaftszweige ergeben werden, mögen schmerzlich sein: Bei einer Teilnahme Österreichs an der europäischen Wirtschaftsintegration werden viele Unternehmen verschwinden und zugrunde gehen, weil sie es in den zehn Jahren, in denen man jetzt schon über die Integration redet, verabsäumt haben, auf ein konkurrenzfähiges Niveau zu kommen. Und die gesamte Wirtschaft Österreichs wird die Mechanisierung und Rationalisierung forcieren müssen. Nur so wird es möglich sein, ein weiteres Steigen der Preise, die jetzt schon „europäisch“ sind, zu verhindern, gleichzeitig aber die Löhne auf ein Niveau zu bringen, das sich von dem unserer westlichen Nachbarländer nicht zu sehr unterscheidet.

Oesterreichs Europatraining beginnt

Integrations-Ministerkomitee eingesetzt — Erläuterung des Assoziationsantrages in Beratung

Der Ministerrat setzte am Dienstag ein Ministerkomitee für Integrationsfragen ein, das sich mit den Vorbereitungen zur Assoziation Österreichs mit der EWG und mit den Auswirkungen der Integration auf Österreich beschäftigen wird. Bereits in der ersten Sitzung am Samstag wird Außenminister Dr. Kreisky Vorschläge für die Begründung und Erläuterung des Assoziationsantrages Österreichs an die EWG vorlegen.

Das Ministerkomitee wurde geschaffen, weil in den letzten Tagen die Frage der Erläuterung und Begründung des österreichischen Assoziationsantrages bei der EWG aktuell geworden ist. Das Integrationskomitee wird sich zunächst mit der Formulierung dieser Erklärungen, die von der EWG in nächster Zeit verlangt werden dürften, befassen. Die Vorschläge für die Erklärungen werden vom Außenminister ausgearbeitet.

Arbeitskomitee mit den möglichen Auswirkungen der europäischen Integration auf Österreich und insbesondere mit den Problemen, die sich bei einer Assoziation Österreichs mit der EWG ergeben könnten. An diesen Beratungen nahmen auch Vertreter der Arbeiterkammer, der Bundeswirtschaftskammer und der Landwirtschaftskammer teil. Das Arbeitskomitee beschafft die Unterlagen für das Ministerkomitee.

Bonn unterbreitet Berlinvorschläge

Zwei verschiedene Behörden zur Kontrolle der Zufahrtswege

Bonn. Die Deutsche Bundesrepublik hat den Vereinigten Staaten Vorschläge für die Kontrolle der Zufahrtsstraßen nach Berlin unterbreitet. Damit entspricht sie der Aufforderung, die Präsident Kennedy auf dem Höhepunkt seiner Meinungsverhandlungen mit Dr. Adenauer an diesem richtete.

Die Vorschläge sind in Dokumenten enthalten, die vom stellvertretenden deutschen Außenminister Carstens an den amerikanischen Botschafter Dowling übergeben worden sind.

Wie verlautet, hat die deutsche Bundesregierung grundsätzlich die Teilnahme Ostdeutschlands an einer Behörde zur Kontrolle der Zufahrtswege für den Landverkehr nach Berlin abgelehnt, da sonst Ostdeutschland Obstruktion treiben und damit den gesamten Apparat lähmen könnte.

Bonn befürwortet statt dessen eine Kontrollbehörde aus Vertretern der vier Großmächte, die alle notwendigen Entscheidungen trifft. Lediglich als ausführendes Organ könnte man sich eine zweite Behörde vorstellen, in der neben neutralen Staaten auch Westdeutschland und Ostdeutschland vertreten sind.



ARM IN ARM mit seinem königlichen Gast betrat Bundespräsident Dr. Schürf beim Galaempfang die Festhalle des Schlosses Schönbrunn. (Berichte über den Staatsbesuch auf Seite 5)

Denunziationsuntersuchung gegen Kapfinger

München. Die Münchner Staatsanwaltschaft hat die West-Berliner Kriminalpolizei um Erhebungen im Zusammenhang mit einer schwerwiegenden Beschuldigung gegen den Passauer Verleger Kapfinger ersucht. Kapfinger wird der Denunziation im Dienst der Kommunisten beschuldigt.

Die Anzeige, die die Staatsanwaltschaft zur Einleitung von Vorerhebungen veranlaßt hat, behauptet, Kapfinger habe 1945 den zuletzt in Kleinmachnow bei Berlin wohnhaften Buchhalter Friedrich Krost beim sowjetischen Geheimdienst denunziert. Krost ist am 3. September 1945 verschleppt und später nach Sachsenhausen gebracht worden. Es heißt, daß er in den Jahren 1951 oder 1952 im Zuchthaus Waldheim in der deutschen Sowjetzone gestorben ist.

Kapfinger steht durch die Affäre nach dem Stillekeitsprozeß, in dem er verurteilt wurde, und dem Fibag-Skandal zum drittenmal im Rampenlicht öffentlicher Beschuldigungen.